

c) **Tierschutzplan oder Nutztierhaltungsstrategie?**

- Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -
Drs. 18/680..... 967
Miriam Staudte (GRÜNE)..... 967, 969, 974, 978
Barbara Otte-Kinast, Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz967 bis 979
Jörn Domeier (SPD)..... 969
Meta Janssen-Kucz (GRÜNE) 969, 975
Dana Guth (AfD) 970, 975, 979
Hermann Grupe (FDP) 971, 972
Thordies Hanisch (SPD)..... 972
Dirk Adomat (SPD)..... 973
Dr. Marco Mohrmann (CDU)..... 973
Dr. Stefan Birkner (FDP)..... 974
Christoph Eilers (CDU)..... 975
Oliver Lottke (SPD)..... 977
Tobias Heilmann (SPD) 978

Zur Geschäftsordnung:

Dr. Stefan Birkner (FDP)..... 976
Jens Nacke (CDU)..... 977

Tagesordnungspunkt 22:

Erste Beratung:

Qualität steigern, Sicherheit erhöhen - Anzahl der Ausführungen Sicherungsverwahrter überprüfen
- Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/649 979
Christian Calderone (CDU)..... 979
Ulf Prange (SPD)..... 980
Dr. Marco Genthe (FDP) 982
Christopher Emden (AfD) 983
Helge Limburg (GRÜNE) 984, 985
Stephan Bothe (AfD) 985
Ausschussüberweisung 986

Tagesordnungspunkt 24:

Erste Beratung:

Nachhaltige und standortnahe Holzproduktion im Landeswald sichern - Flächenkulisse für natürliche Waldentwicklung realistisch darstellen -
Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/641 986
Hermann Grupe (FDP) 986, 988
Karl Heinz Hausmann (SPD) 987, 988
Uwe Dorendorf (CDU) 989
Miriam Staudte (GRÜNE)..... 989
Dana Guth (AfD) 990
Ausschussüberweisung 990

Tagesordnungspunkt 23:

4. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 18/640

- strittige und unstrittige Eingaben - Änderungsantrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/678 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drs. 18/704 - Änderungsantrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/711..... 991
Harm Rykena (AfD) 991
Lasse Weritz (CDU) 992
Stephan Bothe (AfD)..... 992
Editha Westmann (CDU) 993, 993, 995
Jan-Christoph Oetjen (FDP)..... 993, 994, 997
Axel Brammer (SPD) 994
Horst Kortlang (FDP)..... 995
Christian Meyer (GRÜNE) 995
Dr. Karl-Ludwig von Danwitz (CDU)..... 996
Ulrich Watermann (SPD) 997
Helge Limburg (GRÜNE) 998
Beschluss..... 998

Tagesordnungspunkt 25:

Erste Beratung:

Kritische Auseinandersetzung mit NS-Propaganda fördern - Dokumentations- und Lernort am Bückeberg in Emmerthal unterstützen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/645 999
Anja Piel (GRÜNE) 999
Björn Försterling (FDP) 1000
Ulrich Watermann (SPD) 1001, 1003
Christopher Emden (AfD)..... 1002, 1004, 1006
Volker Meyer (CDU) 1004
Ausschussüberweisung 1005

Tagesordnungspunkt 26:

Erste Beratung:

Gesundes und bewusstes Essen dürfen für Kinder und Erwachsene keine Fremdworte sein -
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/648..... 1006
Immacolata Glosemeyer (SPD)..... 1006
Dana Guth (AfD)..... 1008
Veronika Koch (CDU) 1009
Miriam Staudte (GRÜNE)..... 1010
Hermann Grupe (FDP) 1011
Barbara Otte-Kinast, Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz 1011
Ausschussüberweisung 1012

Federführend soll der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sein, mitberatend der Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Wenn Sie dem zustimmen wollen, bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Sehe ich nicht. Das ist so beschlossen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, es ist jetzt 13.40 Uhr. Wir sind übereingekommen, die Sitzung um 15 Uhr fortzusetzen, damit es mit dem Ablauf des Nachmittags nicht zu eng wird. Wir beginnen dann mit den Eingaben. Ich bitte alle, pünktlich um 15 Uhr wieder hier zu erscheinen.

Vielen Dank. Eine schöne Mittagspause und guten Appetit!

(Unterbrechung der Sitzung von
13.42 Uhr bis 15.00 Uhr)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist 15.00 Uhr. Ich eröffne die Sitzung wieder und rufe auf den

Tagesordnungspunkt 23:

4. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 18/640 - strittige und unstrittige Eingaben - Änderungsantrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/678 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drs. 18/704 - Änderungsantrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/711

(Unruhe)

- Ich würde mich sehr freuen, wenn wir jetzt mit der Beratung dieses Tagesordnungspunktes beginnen könnten.

(Johanne Modder [SPD]: Wir haben noch ein bisschen Klärungsbedarf!)

- Sie haben Klärungsbedarf? - Dann müssen wir in Zukunft die Mittagspause verlängern. Aber jetzt sind wir dabei. Reißt euch ein bisschen zusammen!

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen zur Behandlung der unstrittigen Eingaben. Ich rufe zunächst die Eingaben aus der 4. Eingabenübersicht in der Drucksache 18/640 auf, zu denen keine Änderungsanträge

vorliegen. Hier kommen wir gleich zur Abstimmung.

Wer zu diesen Eingaben den Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das war einstimmig. Den Empfehlungen wurde gefolgt.

Ich kann Ihnen mitteilen, dass sich die Fraktionen darauf verständigt haben, die unter Nr. 3 aufgeführte Eingabe 02909/11/17 zunächst erneut im Petitionsausschuss zu behandeln. Daher erübrigt sich insoweit die Abstimmung über den entsprechenden Änderungsantrag der Fraktion der FDP.

Wir kommen nun zur Behandlung der strittigen Eingaben.

Ich rufe die Eingaben aus der 4. Eingabenübersicht in der Drucksache 18/640 auf, zu denen Änderungsanträge vorliegen.

Ich eröffne hierzu die Beratung. Das Wort hat zunächst der Kollege Rykena von der AfD-Fraktion.

(Zuruf: Zu welcher Eingabe?)

- Zu der Eingabe 03503/11/17. Worum es dabei geht, wird er gleich erläutern.

Bitte sehr!

Harm Rykena (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Inklusion an Regelschulen ist finanzpolitisch ein schwarzes Loch, in das immer mehr Ressourcen fließen und das trotzdem - gelinde gesagt - bescheidene Ergebnisse liefert.

Die Inklusion an Regelschulen hat in jeder Hinsicht katastrophale Auswirkungen, sodass trotz andauernder Medienpropaganda und fast durchgängiger Politikersprechblasen hier im Landtag von angeblichen Erfolgen der offene Widerstand der Eltern und der Lehrer wächst.

Landauf, landab gibt es eine breite Bewegung in den Kommunalparlamenten, die sich für die Verlängerung des Erhalts der Förderschulen Lernen einsetzt. Deshalb halten wir fest: Die Inklusion an Regelschulen ist gescheitert. Es wird Zeit, dem Elternwillen und den pädagogischen Anforderungen Rechnung zu tragen und eine langfristige Bestandsgarantie für alle Förderschulen zu beschließen.

Genau das beantragt der Petent mit seiner Petition. Die AfD-Fraktion plädiert für „Berücksichtigung“.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Herzlichen Dank, Herr Kollege Rykena. - Zu der gleichen Eingabe hat sich der Kollege Lasse Weritz, CDU-Fraktion, gemeldet. Bitte schön!

Lasse Weritz (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Es ist noch gar nicht so lange her - es war am 28. Februar dieses Jahres -, dass wir in diesem Hohen Haus über das neue Schulgesetz gesprochen und als Regierungsfaktionen ganz klar den Schwerpunkt gesetzt haben, dass die Förderschule Lernen bis zum Jahr 2027/2028 fortgesetzt werden kann, wenn der Schulträger dies so entscheidet.

Ich finde es, gelinde gesagt, äußerst schwierig - das ist noch sehr höflich formuliert, meine Kollegen von der AfD -, wenn man jetzt, nicht einmal ein halbes Jahr später, meint, diesen Beschluss dieses Parlaments aufheben zu sollen, bevor sich die Schulträger vor Ort überhaupt in ausreichendem Maße über diese Frage haben unterhalten können.

Sie wissen ja alle, zum Ende des Monats gibt es den ersten Fristtermin, bis wann beantragt werden kann, dass man eine Förderschule weiter bestehen lassen will. Von daher ist es an dieser Stelle überhaupt nicht nötig, dass wir hier „Berücksichtigung“ in Richtung der Regierung beschließen. Der Beschluss des Landtages ist klar. Der Weg ist klar.

Vielleicht noch ein Hinweis für Sie zum Thema emotionale und soziale Lernschwierigkeiten bei Förderschülern: Auch das bearbeiten wir, und auch das ruht keinesfalls still. Ich darf auf die Zeilen 536 bis 538 des Koalitionsvertrages verweisen. Das Ministerium arbeitet daran mit Hochdruck.

Sie haben ja soeben von Medienpropaganda gesprochen. Da ich die Vermutung habe, dass Medienpropaganda in der AfD durchaus ein bekannter Begriff ist, darf ich an dieser Stelle zumindest Ihnen den Hinweis geben, dass es nichts anderes als eine Medienblase ist, dieses Thema heute noch einmal aufzunehmen.

Das werden wir nicht mitmachen. „Sach- und Rechtslage“ ist bei dieser Petition völlig ausreichend.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Herzlichen Dank. - Ich rufe nun die Wortmeldung des Kollegen Bothe zu der Eingabe 03533/11/17 auf. Bitte schön, Herr Kollege!

Stephan Bothe (AfD):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich festhalten, dass ich es - wenn man sich überlegt, dass eine Petition für viele Bürger die letzte Chance ist, ihr zumindest für sich erlebtes Unrecht noch einmal vorzubringen -, sehr schade finde, dass die Ränge in der CDU-Fraktion gerade sehr leer sind.

Für diesen Fall gilt „Berücksichtigung“. Warum? - Die aktuelle Rechtslage ist in diesem Fall für den Petenten wie auch für alle anderen Menschen, die das betreute Wohnen nutzen, in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht ungerecht. Die Änderung des Heimgesetzes vom 5. November 2001, die solche Verträge gestattet, ist aus mehreren Gründen nicht nachvollziehbar, zumal die Sittenwidrigkeit solcher Koppelungsverträge gemäß § 138 Abs. 1 BGB wegen des Einschränkens der Vertragsfreiheit über Gebühr bereits vor der Gesetzesänderung von Gerichten festgestellt worden war.

Bei einer Koppelung zwischen Miet- und Betreuungsvertrag haben die Mieter keine Möglichkeit, den Vertragspartner zu wechseln und ein anderes, unter Umständen günstigeres Unternehmen mit der Betreuung zu beauftragen, wenn sie in der von ihnen gemieteten Wohnung bleiben wollen.

Eine freie Wahl der Betreuungsleistungen im Hinblick auf die Qualität und die Kosten sollte Mietern jedoch unabhängig von der Wahl einer bestimmten Unterkunft möglich sein. Diese würde auch bei der starken Einschränkung des Wettbewerbs bei der Betreuungsleistung verhindert.

Hier sollte die Landesregierung über eine Bundesratsinitiative aktiv werden und mehr Gerechtigkeit schaffen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Herzlichen Dank, Herr Kollege. - Ich weise darauf hin, dass wir zumindest versuchen, die Wortmeldungen nach Eingabenummern zu sortieren. Deswegen bitte keine Verunsicherung bezüglich der Reihenfolge der Worterteilungen!

Zu derselben Eingabe 03533/11/17 hat sich die Kollegin Westmann gemeldet. Bitte schön!

Editha Westmann (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Beschwerde der Petentin richtet sich gegen den Betreuungsvertrag, der im Rahmen eines Mietvertrages in einer Einrichtung für betreutes Wohnen abgeschlossen wurde. Die rechtliche Würdigung in der Stellungnahme zu der Eingabe ist eindeutig und sieht keinen Rechtsverstoß. Der Petentin steht es allerdings frei, die rein zivilrechtliche Streitigkeit, die hier vorliegt - das dürfen wir auf gar keinen Fall außer Acht lassen -, im Rahmen einer Zivilrechtsklage klären zu lassen. Daher, meine Damen und Herren, haben wir hier auch gar keine andere Möglichkeit, als nach Sach- und Rechtslage zu entscheiden, und darum bitte ich auch.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Herzlichen Dank, Frau Kollegin. - Ich erteile nun erneut dem Kollegen Stephan Bothe von der AfD das Wort zur Eingabe 03606. Bitte sehr!

Stephan Bothe (AfD):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Sehr geehrte Kollegen, in diesem Fall geht es um die Anerkennung von moralischem Unrecht. Im vorliegenden Fall gab es offenbar über Jahre hinweg verzögerte und fehlerhafte Verwaltungsabläufe innerhalb des Jugendamtes. Es gab den Ablauf einer Inobhutnahme, die das Familien-, Sozial- und Berufsleben des Petenten nachhaltig erschüttert hat.

Das Einräumen etwaiger Fehler der betroffenen Stellen deutet auf eine über den Einzelfall hinausgehende Dimension dieses Falles hin, den es für die Landesregierung zu prüfen gilt. Zu prüfen ist hier insbesondere die Rolle der betroffenen Mitarbeiter des Jugendamtes in Bezug auf die verzögerten Abläufe und eine nicht durchgeführte gesetzliche Prüfung der Adoptionsfähigkeit. Hinterfragt werden muss auch die Personaldecke innerhalb der Behörde: Sind die Fehler dadurch entstanden,

dass Mitarbeiter durch eine personelle Unterbesetzung überlastet waren?

Für die Landesregierung gilt, in Zukunft sicherzustellen, dass bei Zuständigkeitswechseln über Absprachen der beteiligten Jugendämter ein reibungsloser Übergang gewährleistet wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Danke schön, Herr Kollege. - Zur gleichen Eingabe 03606 spricht Kollegin Westmann, CDU-Fraktion. Bitte sehr!

Editha Westmann (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus der Stellungnahme zu der Eingabe wird deutlich, dass es zu erheblichen Kommunikationsproblemen zwischen dem Jugendamt des Landkreises Friesland und dem Petenten gekommen ist. Das ist auch völlig unstrittig. Der Landkreis hat darauf allerdings reagiert und einen innerbehördlichen Prozess zur Verbesserung der Kommunikationskultur eingeleitet.

Da es sich bei dieser Eingabe um eine Angelegenheit im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung handelt, war von uns nur zu prüfen, ob kommunalaufsichtsrechtlich etwas einzuleiten ist. Diese Prüfung hat ergeben, dass das nicht der Fall ist. Daher können wir auch in diesem Fall nur nach Sach- und Rechtslage entscheiden.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Herzlichen Dank. - Zur Petition 03155 hat das Wort der Kollege Oetjen, FDP-Fraktion. Bitte sehr!

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Ganz herzlichen Dank. - Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! In dieser Petition wird von dem Petenten dargestellt, dass es beim Land Niedersachsen und insbesondere in den unteren Einkommensgruppen des Justizvollzugsdienstes Probleme mit dem Alimentsgebot gegenüber den Beamten gibt. Er fordert deswegen die Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes.

(Jörg Bode [FDP] und Helge Limburg [GRÜNE]: Ah!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir stellen diese Petition hier strittig und plädieren für „Material“, damit die Landesregierung prüfen kann, ob die Einführung des Weihnachtsgeldes der richtige Weg ist.

Wir als Freie Demokraten wollen nicht wieder eine Einmalzahlung einführen, sondern sind der Meinung, dass dem Alimentationsgebot durch eine stufenweise Erhöhung über die Tabelle Rechnung getragen werden sollte. Aber über den Weg kann man ja streiten, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen. Aber Sie haben da einen Auftrag, glaube ich, und diesem Auftrag sollten Sie nachgehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Danke, Herr Kollege Oetjen. - Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort der Kollege Brammer. Bitte sehr!

Axel Brammer (SPD):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte etwas Allgemeines zu den Petitionen sagen. Wir haben es im Ausschuss schon mehrfach angesprochen. Das ist auch eine ausdrückliche Bitte von vielen Mitgliedern.

Die Mitglieder des Petitionsausschusses bemühen sich um eine überaus sachliche Arbeit. Im Vordergrund steht zunächst immer der Petent. Da geht es manchmal um Notlagen, und der Landtag ist die letzte Hoffnung. Wir ringen im Ausschuss manchmal um Entscheidungen, um den Petenten da, wo es geht, gerecht zu werden und zu helfen.

Ich habe im Zusammenhang mit unserer Arbeit eine Bitte an alle Fraktionen, nachdem ich das auch schon im Ausschuss thematisiert habe. Eine ausführliche Beschäftigung mit einer Eingabe ist nur im Ausschuss gewährleistet. Ich halte es deshalb für unglücklich, wenn Petitionen, die der Ausschuss einstimmig beschieden hat, hier wieder strittig gestellt werden.

Ich sage das aus zweierlei Gründen: Erstens bleibt hier aufgrund der beschränkten Redezeiten meist keine Möglichkeit, solch eine Petition anständig abzuarbeiten. Das ist nicht im Sinne der Petentinnen und Petenten. Und zweitens, liebe Kolleginnen und Kollegen, führen Sie mit einem derartigen Vorgehen mitunter Ihre eigenen Berichterstatter vor, die im Ausschuss anders gestimmt haben. Die Berichterstatter der Oppositionsfraktionen sind die

am meisten belasteten. Davor habe ich hohen Respekt.

Es wäre, glaube ich, besser, wenn sich die Fachpolitiker der Fraktionen rechtzeitig in die Petitionsberatungen, also schon vor der Behandlung im Ausschuss, einbringen würden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies ist eine ausdrückliche Bitte, damit das Petitionswesen in Niedersachsen die Wertschätzung erfährt, die ihm zusteht.

Vielen Dank für Ihr Verständnis.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Herzlichen Dank, Herr Kollege Brammer. - Meine Damen und Herren, die nächste Wortmeldung liegt vor: für die FDP-Fraktion der Kollege Oetjen, und zwar zur Petition 03255. Bitte sehr!

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte gehofft, dass der Kollege Brammer noch etwas zur Wiedereinführung des Weihnachtsgelds und zur Einhaltung des Alimentationsgebots sagt. Aber das können Sie ja vielleicht noch nachholen.

(Björn Försterling [FDP] - an Axel Brammer [SPD] gewandt -: Wertschätzung gegenüber dem Petenten, Herr Brammer!)

Die Petition, die wir Ihnen jetzt zur Entscheidung vorlegen, dreht sich um den Sozialbetrug an der Landesaufnahmebehörde in Braunschweig. Ich weiß nicht, ob Sie sich alle daran erinnern: Dort haben sehr viele Menschen über gefälschte Identitäten mehrfach Geld bekommen. Dies wurde aufgedeckt, aber nicht von der Hausleitung und nicht von den Mechanismen innerhalb des Hauses, sondern von mehreren engagierten Mitarbeitern.

Eine Mitarbeiterin hat danach ihren Job verloren; ihr wurde fristlos gekündigt. Wir sind der Auffassung, dass das nicht die richtige Belohnung für jemanden ist, der sich engagiert um die Aufklärung von Sozialmissbrauch kümmert. Wir stimmen der Petition zu und plädieren auf „Erwägung“ in der Frage, ob diese Frau nicht hätte weiterbeschäftigt werden sollen. Ich bitte, dies zu unterstützen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der AfD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Kollege Oetjen. - Zur Petition 03716 spricht nun der Kollege Kortlang. Bitte sehr!

Horst Kortlang (FDP):

Verehrtes Präsidium! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen, meine Herren! In dieser Petition geht es um Insekten, und zwar um ganz bestimmte Insekten, nämlich um Honigbienen der Art Carnica. Sie werden „Kärntner Biene“ genannt und sind eine natürliche Unterart der Westlichen Honigbiene. Von Imkern werden sie als fleißige und gutmütige Bienen bezeichnet. Mit ihnen dürfte also eigentlich nicht viel passieren.

Unter Hinweis auf die Niedersächsische Bauordnung ist dem Petenten nun aber vorgeschrieben worden, seine Bienenvölker aus der unmittelbaren Nähe von Wohnhäusern zu entfernen. Das heißt aber nicht, dass er die Bienenstöcke gar nicht auf seinem Grundstück aufstellen dürfte. Er könnte dies in einem hinteren Bereich seines schmalen Grundstücks tun. Dafür bräuchte er allerdings eine Baugenehmigung.

Zum ersten Teil der Petition: Gefährdung/Wohnhäuser. Damit Obstgehölze und andere Pflanzen bestäubt werden, fliegen Bienen eine Fläche von mehr als 500 m² ab. Daher können wir gut nachvollziehen, dass sich der Ausschuss insofern für „Sach- und Rechtslage“ entschieden hat.

Aber bei dem zweiten Teil der Petition - Baugenehmigung für die Bienenstöcke - verhält es sich gänzlich anders, und deshalb stehe ich hier. Bienenstöcke und mobile Hühnerställe sollten doch eigentlich gleichbehandelt werden, aber mobile Hühnerställe werden verfahrensfrei gestellt. Deshalb plädieren wir insofern auf „Berücksichtigung“ und nicht auf „Sach- und Rechtslage“, damit geprüft wird, ob die beiden gleich gelagerten Fälle nicht auch gleich behandelt werden können, damit Kommunen weiterhin entscheiden können, wie letztendlich verfahren werden soll.

Warum?, werden Sie fragen. - Weil es auch um die Insekten im Allgemeinen geht! In den letzten Jahren ist bei vielen, gerade auf dem Land, angekommen, dass etwas für die Insekten getan werden muss. Das ist hier morgen ja auch ein großes Thema. So sind kleine, aber auch sehr große Insektenhäuser aufgestellt worden, vielfach auf Empfehlung verschiedener Umweltverbände, als Maßnahmen für den Insektenschutz

Ich bitte Sie noch einmal darum, bei dem zuletzt genannten Sachverhalt für „Berücksichtigung“ zu plädieren.

Ich bedanke mich fürs Zuhören.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Zur gleichen Eingabe liegt eine Wortmeldung der Kollegin Westmann, CDU-Fraktion, vor. Bitte sehr!

Editha Westmann (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Eingabe geht es um eine Überprüfung der Einordnung von Bienenstöcken als bauliche Anlage im Sinne der Niedersächsischen Bauordnung.

Entgegen der Meinung des Petenten werden Bienenstöcke auch in anderen Bundesländern als bauliche Anlage gewertet. Das heißt nicht zwangsläufig, dass sie genehmigungspflichtig sind. Auf die genaue Abstufung, auch bezogen auf diesen Einzelfall, ist in der Stellungnahme sehr detailliert eingegangen worden.

Lieber Herr Kortlang, bitte sehen Sie es mir nach: Wenn Sie sich vielleicht etwas intensiver mit der Stellungnahme auseinandergesetzt hätten, hätten Sie sich das Votum „Berücksichtigung“ ersparen können; denn auch in anderen Bundesländern wird das so gehandhabt. Der Petent ist da anderer Ansicht, aber es ist deutlich geworden, dass es eben nicht so ist, wie der Petent annimmt.

Von daher ist dies auch eine klare „Sach- und Rechtslage“.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Danke schön, Frau Kollegin Westmann. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen rufe ich den Kollegen Christian Meyer zur Eingabe 03386 auf. Bitte schön!

Christian Meyer (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst etwas zu der Eingabe von eben zur Baugenehmigung für Bienenstöcke sagen, die Herr Kortlang strittig gestellt hat.

Wir als Fraktion der Grünen teilen seine Kritik. Wir finden, dass Bienenstöcke genauso behandelt werden müssen wie mobile Hühnerställe, die wir in

der letzten Periode genehmigungsfrei stellen wollten, was mit viel Druck des jetzigen Sitzungsleiters dann ja auch durchgesetzt wurde.

(Horst Kortlang [FDP]: Ich bedanke mich!)

Ich weiß auch, wovon ich rede; denn ich hatte welche beim Ministerium.

Das Argument, dass andere Bundesländer das anders handhaben, kann ich nicht gelten lassen; denn andere Bundesländer haben z. B. auch sehr merkwürdige Genehmigungsverfahren für mobile Hühnerställe. Ich empfehle Ihnen dazu nur einmal den sehr sehenswerten „Extra 3“-Beitrag zu der Praxis in Baden-Württemberg.

Ich komme jetzt zur Eingabe der AG Feldhamsterschutz. Sie spricht ein sehr wichtiges Thema an.

Niedersachsen ist das Hauptschwerpunktgebiet des Feldhamsters, der durch landwirtschaftliche Entwicklungen sehr stark bedroht ist. Der Rückgang ist enorm, und daher haben wir in Niedersachsen eine besondere Verantwortung, etwas zu tun. Die AG Feldhamsterschutz fordert, die Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung des Feldhamsters auszubauen. Das unterstützen wir.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gibt zwar eine Agrarumweltmaßnahme, die das Umweltministerium dort anbietet, aber wir haben leider nur ganz wenige Flächen. Ich glaube, es sind 20 ha, auf denen diese Fördermaßnahme für Landwirte, die z. B. die Getreidestoppeln stehen lassen, was übrigens auch für Rebhühner und andere Tiere wichtig ist, erfolgt.

Deshalb sollten wir zunächst der Forderung nach einer vollständigen Bestandserfassung nachkommen. Wir benötigen erst einmal ein besseres Monitoring, damit klar wird, wo es noch Feldhamster gibt. Dann aber sollten wir uns auch Gedanken über weitere Schutzmaßnahmen machen.

Auch sollten wir überlegen, wie wir Fördermaßnahmen gemeinsam mit Landwirten umsetzen können. Vielleicht brauchen wir ein zusätzliches Programm, zumal das Umweltministerium selbst eingeräumt hat, dass zusätzliche Maßnahmen durchaus sinnvoll wären, aber beklagt, dass sich an diesen Maßnahmen zu wenige Landwirte beteiligen.

Schließlich müssen wir darüber nachdenken, ob man neben dieser EU-Maßnahme nicht auch eine

Landesmaßnahme anbietet, um den Feldhamsterschutz zu gewährleisten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun komme ich noch zur Petition in Sachen Prüfung einer Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes für kleine Beamte. Wir als Grüne stimmen dem Änderungsantrag der FDP zu, der auf „Material“ lautet. Die SPD hat dazu ja einen Beschluss gefasst. Die Landesregierung sollte zumindest prüfen, ob bei unteren Einkommensgruppen nicht eine Gratifikation oder was auch immer gewährt werden kann; es muss ja nicht immer gleich das vollständige Weihnachtsgeld sein. Dass die Landesregierung das prüft, da könnten wir als Grüne mitgehen.

Wir bitten also um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag zur Eingabe der AG Feldhamsterschutz und werden uns auch bei der Eingabe zu den Bienenstöcken sehr bienenfreundlich verhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Kollege Meyer. - Zur Hams-terthematik, Eingabe 03386, hat sich der Kollege Dr. von Danwitz zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Dr. Karl-Ludwig von Danwitz (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Südniedersachsen ist Teil des größten Schutzgebietes des Feldhamsters. Maßnahmen zur Verbesserung der Bestandssituation sind natürlich von hoher Bedeutung. Hier wird aber auch viel gemacht. Ich frage den Ex-Minister Herrn Meyer: Ist da eigentlich nicht genug gemacht worden, sodass Sie heute meinen, hier müssten mehr Maßnahmen auf den Weg gebracht werden?

Bis zum Jahr 2015 wurde der Feldhamster nach dem ELER-Förderprogramm „Spezieller Arten- und Biotopschutz“ gefördert. Seit dem Jahr 2015 ist der Feldhamster im Rahmen von Agrarumweltmaßnahmen unterstützt worden. Es gibt insbesondere für den Feldhamster bestimmte Förderkulissen, bestimmte Maßnahmen, die auf den Weg gebracht wurden. Das Land Niedersachsen unterstützt darüber hinaus die Deutsche Wildtierhilfe bei einem Projektantrag zum Schutz des Feldhamsters. Der NLWKN hat einen Leitfaden bei Baumaßnahmen mit dem Titel „Berücksichtigung des Feldhamsters in Zulassungsverfahren und in der Bauleitplanung“ herausgebracht.

Es gibt also sehr viele Maßnahmen. Wir denken, das ist ausreichend. Es wurde viel gemacht. Wenn nicht genug gemacht wurde, dann kann das höchstens in der letzten Legislaturperiode passiert sein. Da war Herr Ex-Minister Meyer zuständig.

Wir denken, es sind genügend Maßnahmen auf den Weg gebracht worden. Deswegen votieren wir für „Sach- und Rechtslage“.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Dr. von Danwitz. - Für die FDP-Fraktion hat sich zur Eingabe 03155 noch einmal der Kollege Oetjen gemeldet. Bitte schön.

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Ganz herzlichen Dank, sehr geehrter Herr Präsident. - Ich bin ein wenig verwundert, dass es vonseiten der regierungstragenden Fraktionen keine Wortmeldungen zur Eingabe zur Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes und zur Einhaltung des Alimentierungsgebots für Beamtinnen und Beamte gibt. Deswegen wollte ich Ihnen, verehrte Frau Modder, für den Fall, dass Ihnen Redezeit fehlt, die Gelegenheit geben, auf meinen Redebeitrag eine Kurzintervention vorzunehmen, womit Sie wieder Redezeit hätten. Ansonsten verweise ich auf die Beschlusslage Ihres jüngsten Parteitags.

Ich finde wirklich - und das zeigen ja auch die Studien -, dass es in bestimmten Fallkonstellationen, in bestimmten Einkommensgruppen und in bestimmten Wohnorten, ein Problem mit dem Alimentierungsgebot gibt. Darum müssen wir uns kümmern. Daher schlagen wir Ihnen hier ganz niedrigschwellig vor, diese Petition mit „Material“ zu bescheiden, damit die Landesregierung sich mit dieser Thematik beschäftigt.

Ich würde mich an dieser Stelle wirklich über Zustimmung freuen.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung von Helge Limburg [GRÜNE])

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Es gibt eine Kurzintervention. Bitte schön, Herr Kollege!

Ulrich Watermann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Oetjen, es geht hier nicht um die Umsetzung eines Parteitagsbeschlusses, sondern wir beschäftigen uns mit einer Eingabe. Wir

sind nicht der Überzeugung, dass sich diese Eingabe über diese Möglichkeit regeln lässt.

Noch einmal: Wir haben jetzt nicht etwas umzusetzen, was man auf einem Landesparteitag beschlossen hat, und das schon gar auf Geheiß einer Fraktion, die hier erklärt, dass sie generell gegen eine solche Situation wäre. Dem Petent ist mit dieser Situation nicht zu helfen. Deshalb ist „Sach- und Rechtslage“ genau das richtige Votum.

(Christian Grascha [FDP]: Deshalb haben wir auch „Material“ beantragt!)

Es ist vollkommen falsch, dass Sie versuchen, das Petitionsrecht politisch zu missbrauchen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Herr Kollege Oetjen möchte antworten. Bitte schön!

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Verehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Watermann, wir versuchen nicht, das Eingabenrecht zu missbrauchen, sondern: Der Petent schildert eine Situation, wonach es in unteren Einkommensgruppen im Justizvollzugsdienst Probleme mit dem Alimentationsgebot gibt, und seine Lösung dafür ist die Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes. Wir teilen diese Meinung nicht in Bezug auf die Lösung, aber in Bezug auf die Situationsanalyse. Deswegen stellen wir die Petition an dieser Stelle strittig, und ich finde es richtig, dass wir hier darüber debattieren.

Sie sagen hier ganz klar, Sie wollen keine Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes. Das kann man so sehen. Wir sagen aber, wir brauchen eine Lösung für das Problem, und darum muss sich diese Landesregierung kümmern. Deswegen stellen wir diese Petition strittig und verlangen hier „Material“.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Kollege Oetjen. - Uns liegt eine Wortmeldung vor, bei der wir davon ausgehen, dass sie zu TOP 23 ist. Es ist etwas undeutlich geschrieben. - Das scheint richtig zu sein. Dann hat der Kollege Limburg das Wort. Bitte schön! - Ein Hinweis der Schriftführerin: Sechs Sekunden!

(Zurufe von der FDP: Eins, zwei, drei - vorbei! - Heiterkeit)

Helge Limburg (GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei dem Thema Weihnachtsgeld geht es doch darum, dass wir die Arbeit der Bediensteten im Land Niedersachsen angemessen wertschätzen müssen, und von daher ist „Material“ das Mindeste, was wir als Signal senden können, damit zumindest nachgeprüft und überprüft wird, ob man hier nicht irgendwie zu einer besseren Bezahlung der unteren Einkommensgruppen kommen kann.

Wir unterstützen den Antrag der FDP.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP sowie Zustimmung bei der AfD)

Vizepräsident Frank Oesterhelweg:

Vielen Dank, Herr Kollege. - 14 Sekunden drüber, aber schneller hätte das hier niemand sagen können. Von daher, denke ich, ist das so in Ordnung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zur Beratung liegen nicht vor, sodass ich jetzt um Ihre Aufmerksamkeit für das Abstimmungsverfahren bitten darf.

Wir stimmen nun über die Eingaben ab, zu denen Änderungsanträge vorliegen. Ich rufe sie einzeln bzw. bei gleichem Sachinhalt im Block auf und lasse zunächst über die Änderungsanträge und, falls diese abgelehnt werden, dann über die Ausschussempfehlung abstimmen.

Ich rufe auf die lfd. Nr. 8 der Eingabenübersicht, die Eingabe 03155/11/17, Wiedereinführung der Sonderzuwendung für alle Landesbeamten.

Hierzu liegt ein Änderungsantrag der FDP-Fraktion vor. Er lautet auf „Material“. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Damit kommen wir zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses. Sie lautet auf „Sach- und Rechtslage“. Wer möchte dem folgen? - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Ausschussempfehlung wurde gefolgt.

Ich rufe auf die lfd. Nr. 10 der Eingabenübersicht, die Eingabe 03255/11/17, Vorwurf des Sozialleistungsbetruges in der Landesaufnahmebehörde Braunschweig.

Hierzu liegt ein Änderungsantrag der FDP-Fraktion vor. Er lautet auf „Erwägung und im Übrigen Unterrichtung des Petenten über die Sach- und Rechts-

lage“. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Damit kommen wir zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses. Sie lautet auf „Sach- und Rechtslage“. Wer möchte dem zustimmen? - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Ausschussempfehlung wurde gefolgt.

Ich rufe auf die lfd. Nr. 11 der Eingabenübersicht, die Eingabe 03386/11/17, Schutz des Feldhamsters.

Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. Er lautet auf „Erwägung“. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Damit kommen wir zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses. Sie lautet auf „Sach- und Rechtslage“. Wer möchte dem folgen? - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Ausschussempfehlung wurde gefolgt.

Ich rufe auf die lfd. Nr. 17 der Eingabenübersicht, die Eingabe 03503/11/17, Erhalt bestehender Förderschulen in Niedersachsen.

Hierzu liegen gleichlautende Änderungsanträge der Fraktionen der AfD und der FDP vor. Sie lauten jeweils auf „Berücksichtigung“. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Keine. Die gleichlautenden Änderungsanträge wurden abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses. Sie lautet auf „Sach- und Rechtslage“. Wer möchte dem folgen? - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Ausschussempfehlung wurde gefolgt.

Ich rufe auf die lfd. Nr. 21 der Eingabenübersicht, die Eingabe 03533/11/17, Beschwerde über eine Einrichtung des betreuten Wohnens.

Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD vor. Er lautet auf „Berücksichtigung“. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Keine. Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über die die Beschlussempfehlung des Ausschusses. Sie lautet auf „Sach- und Rechtslage“. Wer möchte dem folgen? - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Keine. Der Ausschussempfehlung wurde gefolgt.

Ich rufe auf die lfd. Nr. 31 der Eingabenübersicht, die Eingabe 03606/11/17, Beschwerde über das Jugendamt des Landkreises Friesland.

Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD vor. Er lautet auf „Berücksichtigung“. Wer möchte dem folgen? - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses. Sie lautet auf „Sach- und Rechtslage“. Wer möchte dem zustimmen? - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Ausschussempfehlung wurde mit großer Mehrheit gefolgt.

Ich rufe auf die lfd. Nr. 53 der Eingabenübersicht, die Eingabe 03693/11/17, a) Kostenübernahme für Lernmittel durch das Jobcenter Region Hannover, b) Unentgeltliche Ausleihe von Lernmitteln („Lernmittelfreiheit“).

Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP vor. Er lautet auf „Erwägung“. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses. Sie lautet auf „Sach- und Rechtslage“. Wer möchte dem folgen? - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Ausschussempfehlung wurde gefolgt.

Wir kommen zur lfd. Nr. 55 der Eingabenübersicht, der Eingabe 03716/11/17, Bauordnungsrechtliche Beurteilung von Bienenstöcken.

Hierzu liegt ein Änderungsantrag der FDP-Fraktion vor. Er lautet auf „Berücksichtigung und im Übrigen Unterrichtung des Petenten über die Sach- und Rechtslage“. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses. Sie lautet auf „Sach- und Rechtslage“. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Ausschussempfehlung wurde gefolgt.

Meine Damen und Herren, damit können wir diesen Tagesordnungspunkt abschließen.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 25:

Erste Beratung:

Kritische Auseinandersetzung mit NS-Propaganda fördern - Dokumentations- und Lernort am Bückeberg in Emmerthal unterstützen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/645

Der Antrag wird eingebracht von der Kollegin Piel. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Anja Piel (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Fünf Jahre lang fand in den 1930er-Jahren am Bückeberg bei Emmerthal das sogenannte Reichserntedankfest statt. Am 3. Oktober 1937 kamen bis zu 1,3 Millionen Menschen zu diesem Spektakel zwischen Folklore, Militärparade und Führerkult. Die Veranstaltung im Jahr 1938 wurde kurzfristig abgesagt. Warum? - Mitnichten, weil niemand mehr Interesse an dieser Veranstaltung hatte, sondern weil etwas anderes in den Vordergrund gerückt war. Das Deutsche Reich war so weit. Die Propaganda hatte gewirkt. Jüdinnen und Juden, Homosexuelle, linke Politikerinnen und Politiker, Menschen mit Behinderungen, Sinti und Roma und viele andere wurden schon längst verfolgt. Nun gingen die Eroberungen los. Die Wehrmacht wurde gebraucht, um die Tschechoslowakei zu besetzen.

Meine Damen und Herren, der Bückeberg ist kein Konzentrationslager, kein Ort des Holocaust, kein Tatort der Shoah, kein Ort, an dem Menschen massenweise erniedrigt, gequält und getötet und ihre sterblichen Überreste in Gräbern verscharrt, geschichtet oder verbrannt wurden. In so einem Fall wäre es keine Frage gewesen, Einigkeit darüber zu erlangen, dass ein solcher Ort ein Ort des Gedenkens ist.

Nein, der Bückeberg ist ein Ort der Aufstachelung, ein Ort der Demonstration von Macht, ein Ort der Propaganda und ein Ort der Massenhysterie. Er steht selbst nicht für die 6 Millionen in KZs getöteten Juden, nicht für die Euthanasieverbrechen oder für einen Krieg, der über 20 Millionen Menschen das Leben gekostet hat. Aber: Er ist ein Ort, der daran erinnert, wie subtil, wie unauffällig und wie schleichend diese menschliche Katastrophe angefangen hat.